

**Ergebnisprotokoll  
der 20. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,  
Energie und Landwirtschaft vom 17.08.2017**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:45 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Meyer  
Herr Staatsrat Deutschendorf

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Seyrek  
in Vertretung für Herrn Crueger  
Frau Schiemann  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Imhoff  
Herr Schwarz

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Fraktion Die Linke**

Herr Janßen

**FDP-Fraktion**

Herr Buchholz  
in Vertretung für Herrn Schomaker

**II Verwaltung**

Frau Prof. Dr. Reuther  
Frau Kamp  
Herr Polzin  
Herr Viering  
Herr Dr. Sünemann  
Herr Dr. Kumpfer  
Herr Bürger  
Herr Leferink  
Herr Dr. Lampe  
Herr Eickhoff  
Herr Mader-Focks  
Frau Elfers  
Frau Haubold  
Frau Kulmann  
Frau Zimmermann  
Herr Schleper  
Herr Sauer

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr

**III Gäste**

Frau Rose

Beirat Strom

**IV Gastdeputierte**

Frau Sprehe  
Herr Saxe  
Herr Bücking  
Herr Strohmann  
Herr Scharf  
Frau Bernhard

SPD-Fraktion  
Fraktion B´90/ Die Grünen  
Fraktion B´90/Die Grünen  
CDU-Fraktion  
CDU-Fraktion  
Fraktion DIE LINKE

**Herr Pohlmann** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 20. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
--------------	-------------------------------------	--

**Herr Imhoff** beantragt, den TOP 7e) solange auszusetzen, bis eine Beteiligung der Beiräte und eine Bürgerbeteiligung stattgefunden habe. Man müsse die Menschen vor Ort mitnehmen, sonst sei keine Akzeptanz für Naturschutzgebiete da.

**Über diesen Antrag soll unter Top 17e) beraten werden.**

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

<b>TOP 2</b>	<b>Genehmigung von Protokollen</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Protokoll 19/19 der Sitzung am 08.06.2017</li></ul>	
--------------	--	--

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt den vorgelegten Protokollen zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 3</b>	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
--------------	---	-----

**Herr Buchholz** kritisiert, dass die Berichterstattung „Neuer Taxitarif für die Stadtgemeinde Bremen: Einmal Kurzstrecke bitte!“ erst für September angekündigt sei.

**Herr Scharf** bemängelt, dass der Bericht zum Antrag „Buslinien erhalten, bis Alternativen geschaffen sind - Bremen-Nord nicht abhängen!“ immer wieder verschoben werde. Er erwarte eine Vorlage in der Sitzung am 14. September 2017.

Gleiches gelte für den Bericht zur Sanierung A 270. Es sei nicht nachvollziehbar, warum dieser Bericht so lange dauere.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

<b>TOP 4</b>	<b>Weiterentwicklung des Förderprogramms</b> „Wärmeschutz im Wohngebäudebestand“ -21-	Vorlage 19/288
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt die Neufassung der Förderrichtlinie „Wärmeschutz im Wohngebäudebestand“ entsprechend der Anlage 2 zur Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr.

*Einstimmig*

<b>TOP 5</b>	<b>Geplante Änderung der Jagdzeitenverordnung</b> -30-	Vorlage 19/284
--------------	---	-------------------

**Herr Saffe** fragt, ob Waschbären sich bereits in Bremen angesiedelt hätten und ob es durch diese bereits zu Schäden gekommen sei.

**Herr Dr. Lampe** berichtet, dass der Waschbär bisher sporadisch in Bremen anzutreffen sei. Die Jäger beobachten ihn bereits, es habe in den letzten Jahren Einzelabschussgenehmigungen gegeben. Der Waschbär habe keine natürlichen Feinde, daher müsse die Population kontrolliert werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Einleitung des Verfahrens zur Änderung der Jagdzeitenverordnung zur Kenntnis.

*Kenntnisnahme*

<b>TOP 6</b>	<b>Abwasserabgabe - Änderung der geplanten Sondermittelverwendung 2017 –</b> -3-	Vorlage 19/290
--------------	---	-------------------

**Herr Imhoff** erklärt, dass die CDU den vorgelegten Mittelverwendungen bisher nicht zugestimmt habe, weil sie die zweckmäßige Verwendung der Sondermittel bezweifle. Zudem fehle es an Transparenz. Daher werde sich seine Fraktion auch zu dieser Vorlage enthalten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Änderung der Verwendung der Abwasserabgabe 2017 zu.

*Zustimmung  
bei Enthaltung der Fraktion der CDU*

<b>TOP 7</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 7a)</b>	<b>Jahresbericht Luftmessnetz 2016</b> -22-	BdV schriftlich

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass sich die Feinstaubbelastungen deutlich verringert haben. Problematisch sei die Überschreitung der Stickoxidgrenzwerte an zwei neuralgischen Punkten, Am Dobben und in der Nordstraße. Die Vermutung, dass Ursache dafür Dieselfahrzeuge sein könnten, liege nahe. Man müsse das Problem der Dieselfahrzeuge angehen und wirklich eine Wende hin zu umweltfreundlichen Antriebsmotoren erreichen, sonst werde man langfristig dieses Problem der Überschreitung von Werten zumindest an diesen Straßenabschnitten haben.

**Herr Bücking** weist auf die besondere stadtentwicklungspolitische Implikation hin, die neben dem Gesundheitsschutz gerade für den Bereich am Rembertikreisel enthalten sei.

**Herr Saxe** ergänzt, dass die Dieselafläre der größte industriepolitische Skandal gewesen sei. Dieser habe die Gesundheitsaspekte auch in Bremen negativ beeinflusst. Man sei jetzt gefordert, auch in Bremen Maßnahmen zu ergreifen, um die Werte zu verbessern. Der VEP sei ein Schritt in die richtige Richtung. Aber die Hersteller müssten für die Nachrüstung der betroffenen Autos sorgen.

**Herr Pohlmann** weist darauf hin, dass die wachsende Stadt auch weitere Entwicklung, weitere Betriebe bedeute. Das erfordere auch weitere Transporte, einmal für die Industrie- und Dienstleistungsbetriebe selbst, aber auch für deren Beschäftigte. Dafür brauche man intelligente Lösungen und akzeptable neue Konzepte der Mobilität.

**Herr Strohmann** stimmt zu, dass die Hersteller in die Pflicht zu nehmen seien. Aber das Thema dürfe nicht hysterisch ideologisch betrachtet werden. Die Bilanz sei zwar verbesserungswürdig, aber gar nicht so schlecht. Die beiden neuralgischen Punkte werden bleiben. Man habe noch keine konkreten Antworten auf Elektromobilität im Lastverkehr und im Busverkehr. Hier hätte man eigentlich schon viel weiter sein müssen. Das habe etwas mit Geld zu tun, mit Infrastruktur und es müsste Aufgabe aller sein, gemeinsam für unsere Stadt Vorbild zu sein beim Umweltverbund und bei der Elektromobilität.

**Frau Dr. Schaefer** greift die Schaffung einer Infrastruktur für die Elektromobilität auf. Wenn neue Areale für Gewerbe und Logistik entwickelt werden, dann müssten zukünftige Mobilitäten mit berücksichtigt werden. Es gebe durchaus innovative Möglichkeiten, auch Logistik anders und umweltfreundlicher zu organisieren.

**Herr Senator Dr. Lohse** führt aus, dass die Feinstaubwerte in den letzten Jahren mit dem Vordringen der Fahrzeuge mit den Euronormen 4, 5 und 6 in den Markt zunehmend gesunken seien. Seit zwei Jahren sei bekannt, weshalb die Stickoxidbelastung nicht gesunken sei. An den viel befahrenen Verkehrsknoten seien die Diesel- PKW zu 2/3 an den Luftbelastungen ursächlich beteiligt, die Busse nur zu 4 bis 5 %. Fahrverbote wären in Bremen vermutlich nicht verhältnismäßig, man liege hier zwischen 2,5 – 5 % über dem Grenzwert. In der Verhältnismäßigkeit hätten Fahrverbote in Bremen damit vor keinem Gericht Bestand. Bremen setze darauf, dass sich dieser positive Trend fortsetze. Bremen habe sich immer für reale Schadstoffmessungen eingesetzt und für eine blaue Plakette, die es den Kommunen ermögliche, die sauberen Autos zu unterscheiden und für eine verpflichtende Nachrüstung für die im Markt befindlichen Fahrzeuge.

Die BSAG habe vor kurzem drei Elektrobusse öffentlich vorgestellt. Das Problem hier sei weniger eine Frage der Infrastruktur oder der Bereitschaft der öffentlichen Hand, solche Fahrzeuge anzuschaffen, sondern vielmehr eine Frage der Produktqualität. Die Produkte seien noch nicht marktreif. Die BSAG habe berichtet, ein Elektrobus habe eine Leistung von 15.000 km im Jahr, ein Dieselbus schaffe 75.000 km.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt von den Ergebnissen der Immissionsmessungen 2016 Kenntnis.*

<b>TOP 7b)</b>	<b>Digitalisierung im Schienenpersonennahverkehr</b> -52-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

**Frau Sprehe** stellt fest, dass WLAN in Bussen und Bahnen heute Standard sein müsse. Insofern begrüßt sie, dass mit der nächsten Ausschreibung auch Regionalbahnen und Nahverkehrszüge mit WLAN ausgestattet sein sollen.

**Frau Neumeyer** ist sehr zufrieden, dass damit eine Anregung der CDU in einer Fragestunde berücksichtigt werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 7c)	<b>Umgang mit den Brücken- und Ingenieurbauwerken im Zusammenhang mit der Bundesautobahngesellschaft bis 2020</b> -5, ASV-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

**Herr Imhoff** ist enttäuscht, dass der Bericht sehr allgemein gehalten ist und bittet um eine Erläuterung.

**Herr Strohmann** fragt, wann entschieden werde, ob Bremen die Bundesstraßen an die Infrastrukturgesellschaft abgeben werde und wie das Ressort sich dabei einbringen werde.

**Herr Polzin** erklärt, dass der Prozess erst vor der Sommerpause angelaufen sei. Man sei noch nicht entscheidungsreif und auch noch nicht sprachfähig, weil die Grundlage noch nicht gegeben sei, um diese Entscheidung zu treffen.

Bremen werde hinsichtlich der Brücken nicht auf die Infrastrukturgesellschaft des Bundes warten, sondern sich der erheblichen Herausforderung stellen.

**Herr Senator Dr. Lohse** ergänzt, dass es kaum Fachpersonal gebe, dies betreffe den Bund ebenso wie die Länder.

Man wisse nicht, ob der Übergang zu einer neuen Infrastrukturgesellschaft übergangslos vom ersten Tag an funktionieren werde. Es würden neue Schnittstellen entstehen und es seien viele Fragen offen. Es müsse abgewogen werden, wie die bremischen Interessen am besten gewahrt werden können. Zu überlegen sei auch, ob der Bund die Gegebenheiten und die politischen Entscheidungen vor Ort berücksichtigen werde oder schlicht die kostengünstigste Variante umsetzen werde.

**Herr Saxe** stellt fest, wenn eine Abgabe der Bundesstraßen dazu führen könnte, dass man nicht verhindern könne, dass die B6n an der Wolfskuhlensiedlung vorbeiführen werde, dann sei er prinzipiell dagegen.

**Herr Strohmann** erklärt, dass der Bundesverkehrswegeplan kein politisches Instrument sei. Die Beurteilung erfolge rein technisch und fachlich. Der Bund müsse die kostengünstigste, ökonomisch sinnvollste und ökologisch abgewogenste Variante wählen.

**Frau Dr. Schaefer** möchte die Verantwortung für eine solche Entscheidung nicht aus den Händen geben. Es gehe darum, ob eine Variante ökologisch abgewogen, finanzierbar und bürgerfreundlich sei. Dafür sei es wichtig, vor Ort zu sitzen.

**Herr Senator Dr. Lohse** führt aus, dass der Bund sich ggf. mit den Widerständen vor Ort auseinandersetzen müsse. Das Land und die Stadtgemeinde Bremen haben Planungsinstrumente wie den Flächennutzungsplan, die Raumordnung und die Bauleitplanung, um notfalls auch die Absichten des Bundes durchkreuzen zu können. Der Senat müsse die Abwägung vornehmen, was die optimale Rollenwahrnehmung durch Stadtgemeinde und Land Bremen sein werde. Im Moment befinde man sich noch im Meinungsbildungsprozess.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 7d)	<b>Auswirkungen der Sanierung der Stephanibrücke</b> -ASV-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

**Herr Imhoff** kritisiert, warum immer noch untersucht werde, wenn seit 2013 bekannt sei, dass es immense Schäden an der Brücke gibt. Bei einer solchen Schlagader der Bremer Infrastruktur müsse dies schneller gehen.

**Herr Sauer** berichtet, dass seit 2007 an der Brücke immer wieder an einzelnen Stellen saniert wurde. 2009 wurde ein Gutachten erstellt, um die Schäden sukzessive abzuarbeiten. 2011/2012 wurde dazu übergegangen die Brücke nachzurechnen. Dies stand immer in Konkurrenz zu anderen Brücken und Bauwerken, da für diese Größenordnung der Brücken nicht genug Ingenieure am Markt verfügbar seien. Diese Nachrechnung sei derartig komplex, dass sie sich über Jahre hinziehe. Es liegen jetzt Zwischenergebnisse vor, man wisse jetzt, dass etwas getan werden müsse. Darum auch die aktuellen verkehrlichen Einschränkungen. Es müssten jetzt sukzessive die weiteren Stufen durchgerechnet werden. Parallel werde die Instandsetzung für die bestehenden Schäden begonnen.

**Herr Imhoff** möchte wissen, wann ein Endbericht vorliegen werde und für welche Planungsphasen die Kosten im Bericht dargelegt seien.

**Herr Pohlmann** bekräftigt, dass es wichtig und richtig gewesen sei, im Haushalt mehr Geld für die Brücken bereit zu stellen. Es bedürfe einer sehr konkreten Analyse, zumal es auch um immense Kosten gehe. Dies sei kein Widerspruch, sondern ein Teil der Sanierungsmaßnahmen.

**Herr Sauer** erläutert, dass die Kosten für Planungsphase 1-3 ausgewiesen seien. Es stehe jetzt als zweite Stufe eine objektspezifische Verkehrsanalyse an, die vermutlich eine etwas geringere Belastung für das Bauwerk zeigen werde, als in der Nachrechnung angesetzt wurde. Parallel laufe die Instandsetzungsplanung an. Dies werde in nächsten Jahren ein fortlaufender Prozess sein. Die Nachrechnung werden noch ein bis zwei Jahre dauern, ganz genau lasse sich dies nicht sagen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 7e)</b>	<b>Geplanter Erlass einer Verordnung zum Erlass und zur Änderung von Landschafts- und Naturschutzgebietsverordnungen in den Ortsteilen Seehausen und Strom sowie den Stadtteilen Huchting, Neustadt und Obervieland der Stadtgemeinde Bremen</b> -30-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

**Herr Pohlmann** erinnert daran, dass zu diesem TOP von der Fraktion der CDU die Aussetzung beantragt wurde.

**Herr Staatsrat Meyer** erklärt, dass heute kein Naturschutzgebiet beschlossen werde, sondern lediglich das Verfahren eingeleitet werde, in dessen Rahmen die eingeforderte Beteiligung erfolgen werde.

**Herr Dr. Lampe** ergänzt, dass mit der Vorlage die Politik informiert werden solle, bevor mit einem derartig komplexen Verfahren an die Öffentlichkeit gegangen werde. Das Verfahren sehe vor, dass die Verordnungsentwürfe entwickelt und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) vorgelegt werden. Dazu gehöre z. B. auch die Landwirtschaftskammer Bremen. Die Stellungnahmen der TÖB würden ausgewertet und das Ergebnis der Deputation berichtet. Dann folge als nächster Schritt die öffentliche Auslegung, in der jede Bürgerin und jeder Bürger Bedenken äußern könne. Auch diese würden abgewogen werden. Anschließend werde das Ergebnis der Deputation zur Beschlussfassung vorgelegt.

**Herr Imhoff** behauptet, dass dieses Verfahren bereits gestartet wurde, denn laut der Vorlage wurde bereits mit den Naturschutzverbänden gesprochen. Er frage sich, warum NGO's wichtiger seien, als die gewählten Volksvertreter.

**Herr Dr. Lampe** erläutert, dass nach dem Bremischen Ausführungsgesetz zum Naturschutzgesetz vor Beginn des Verfahrens den anerkannten Naturschutzverbänden Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden müsse. Neben BUND und NABU seien auch die Landesjägerschaft und der Landesfischereiverband zu beteiligen.

**Herr Pohlmann** stellt klar, dass im Verfahren selbstverständlich die betroffenen Beiräte einbezogen werden müssen. Es sei geprüft worden, ob durch den Erlass von Landschafts- und Naturschutzgebieten eine Bebauung von umstrittenen Baugebieten beeinträchtigt werden könne. Im Ergebnis sei das nicht der Fall.

**Herr Staatsrat Meyer** zeigt anhand von Karten, dass das fragliche Baugebiet in der Karte für die geplante Verordnung nicht berührt sei. Der Bebauungsplan für das Baugebiet sehe dagegen schon einen Katzenschutzgraben vor, der Katzen aus einem möglichen Bebauungsgebiet von den vorgesehenen Natur- und Landschaftsschutzgebieten fern halten solle. Beide Dinge seien aufeinander abgestimmt.

**Herr Pohlmann** weist im Zusammenhang mit einer Wortmeldung eines Beiratsmitglieds aus Strom darauf hin, dass nach der Verfahrensordnung der Deputation die Beiratssprecher\*innen oder die Ortsamtsleiter\*innen bzw. deren gewählte Vertreter\*innen zu den sie betreffenden Themen sprechen können. Er schlägt vor, wenn über das Ergebnis der TÖB in der Deputation berichtet werde, alle betroffenen Beiräte einzuladen und ihnen die Möglichkeit einer Stellungnahme in der Deputation zu geben.

**Die Deputation unterstützt diesen Vorschlag.**

**Herr Imhoff** stellt fest, dass das Verfahren sicher juristisch korrekt laufe, es aber moralisch geboten sei, zukünftig einen größeren Schwerpunkt auf die Mitnahme der Menschen vor Ort zu legen. Naturschutz finde nur Akzeptanz, wenn die Menschen einbezogen werden. Er hoffe, dass auch die Beiräte in diesem Punkt ernst genommen werden. Seine Fraktion ziehe den Antrag auf Aussetzung zurück und werde sich intensiv in das Verfahren einbringen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 8</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>TOP 8a)</b>	<b>Maßnahmen im Bereich der Genehmigung der Großraum- und Schwerlasttransporte</b>	

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass Anfang Juli ein Schreiben von 32 Logistik-Unternehmen und Speditionsverbänden an alle 16 Verkehrsministerien der Länder, an das Bundesverkehrsministerium und an die Verkehrsministerkonferenz der Länder gegangen sei. In diesem Schreiben hätten die Verbände ihrer Sorge Ausdruck verliehen, dass die Genehmigungen für Großraum- und Schwerlasttransporte im Moment flächendeckend im Bundesgebiet erheblich länger brauchen würden, als es der bisherigen Praxis entspreche. Bremen habe wie viele andere Bundesländer auch die Regelung, dass die Antragstellenden innerhalb von 14 Tagen eine Genehmigung erhalten. Seit es im Jahr 2012 einen Engpass in der Bearbeitung gegeben habe, werde diese Frist auch eingehalten. Damals wurden die Personalkapazitäten auf zuletzt 7,5 Kolleg\*innen aufgestockt. Außerdem wurde 2013 ein wöchentliches Monitoring eingeführt. Aus diesem könne man ersehen, dass die Zahl der Anträge pro Woche kontinuierlich von ca. 800 auf ungefähr 1150 angestiegen sei. Im Mai dieses Jahres habe es, auch in anderen Bundesländern, einen sprunghaften Anstieg gegeben. Ursächlich dafür war eine Richtlinienänderung des Bundes. Der Bund habe die Zahl der Fahrzeugkombinationen pro Antrag auf fünf halbiert, allein das habe eine deutliche Zunahme der Anträge bewirkt. Es sei auch üblich, dass die Unternehmen für einen einzigen Transport mehrere Anträge stellen, um bei Vorkommnissen auf der Strecke Ausweichmöglichkeiten zu haben. Dadurch seien auch in Bremen die Bearbeitungszeiten angestiegen. Dies betreffe

insbesondere die sogenannten Anhörungen. Daraufhin habe er zusammen mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Herrn Günthner, die Unternehmen zu einem Gespräch eingeladen, um deren Sicht zu hören und gemeinsam zu überlegen, was man auf beiden Seiten besser machen könne. Teilgenommen hatten über vierzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Es wurde vereinbart, bis zum 31. August einen Abbaupfad zu kommunizieren, mit dem die Verlässlichkeit wieder hergestellt werde. In drei Monaten solle erneut zu einem Gespräch auf Staatsräteebene eingeladen werden.

**Herr Strohmann** bittet darum, ihm ein informelles Gespräch auf Fachebene, z.B. mit MA des ASV zu ermöglichen, um seine offenen Fragen zu klären.

**Herr Staatsrat Deutschendorf** ergänzt, dass weitere personelle Maßnahmen ergriffen wurden. Eine Stelle befinde sich noch im Besetzungsverfahren, mit dieser habe man künftig dreizehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Genehmigungen. Man habe aus dem Gespräch wichtige Erkenntnisse gewonnen. Die Verfahren und auch die Antragsstellung sollten weiter optimiert werden, um den Aufwand zu reduzieren.

**Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:**

<b>Fernwärme in Bremen und Bremerhaven</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Strohmann</b>	<b>Geplant am 02.11.2017</b>
<b>Klimaanpassungsstrategie</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Dr. Schaefer</b>	<b>Zu einer der nächsten Sitzungen</b>
<b>Fortlaufende Berichterstattung zur Genehmigung von Großraum- und Schwerlasttransporten und den Ergebnissen des Monitorings</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Strohmann</b>	<b>Bei neuen Erkenntnissen</b>
<b>Temporäre Halteverbotszonen in Bremen und Bremerhaven</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Buchholz</b>	<b>Zu einer der nächsten Sitzungen</b>

**Herr Pohlmann** schließt die 20. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll